

Hinweis: Die Niederschrift ist bis zu ihrer Genehmigung vorläufig. Da bei der Genehmigung der Niederschrift, die in einer der nächsten Sitzungen erfolgt, noch Ergänzungen und Änderungen beschlossen werden können, sollte dann auch in diesen Sitzungen der Tagesordnungspunkt „Genehmigung der Niederschrift“ aufgerufen werden.

Rat/058/2021-2026

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 16.04.2026

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 20:42 Uhr

Anwesend sind:

Entschuldigt fehlen:

Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde wird nicht in Anspruch genommen.

TOP 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	VorlNr.
--------------	--	---------

Der Ratsvorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2	Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge	VorlNr.
--------------	--	---------

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

TOP 3	Genehmigung der Niederschrift vom 26.02.2026	VorlNr.
--------------	---	---------

Die Niederschrift vom 26.02.2026 wird bei 1 Enthaltung einstimmig genehmigt.

Einstimmiger Beschluss:

Der Rat stellt die Besetzung im Ausschuss für Kultur und Tourismus wie folgt fest:

hinzugewähltes Mitglied:
(Gruppe CDU-FW-FDP-WIR-BeGo)

Jennifer Kaiser

TOP 5 Bestellung eines Landschaftswartes

VorlNr.
1038/2021-2026

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt **bei 2 Enthaltungen einstimmig**, Herrn **Heiko Nalesinski** als **Landschaftswart** zu benennen

TOP 6 Änderung der Anfangszeit für die Sitzungen des Rates der Stadt Rotenburg (Wümme)

VorlNr.
1004/2021-2026

RH Poppe berichtet über die Diskussion aus seiner Fraktion, mit dem Ergebnis, dass sie die Standpunkte der Verwaltung nachvollziehen und unterstützen könnten. Für einzelne Fraktionsmitglieder sei es schwierig, den Sitzungsbeginn um 18:30 Uhr durchzusetzen, doch sei festzustellen, dass es in den Fachausschüssen durchaus möglich ist. Die heutige Abstimmung werde sich nicht einstimmig darstellen. Er stellt heraus, dass hier eine Anfangszeit für einen Rat, zu dem ein jetziger Teil nicht mehr angehören werde, vorgegeben werde, was als ungünstig erachtet wird. Daher stellt er den Änderungsantrag, dass der Rat die Anfangszeiten der Ratssitzung zur nächstmöglichen Ratssitzung um 18:30 Uhr beginnen möge.

RF Helwig äußert, dass es in der Vergangenheit und auch jetzt, sowie in der Zukunft nicht einfach sei, alle Anfangszeiten der Ausschüsse, wie auch des Stadtrates zu finden, die allen entsprechen würde. Für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen könne sie es nachvollziehen, dass ein früherer Beginn der Ratssitzung besser zu vereinbaren sei. Was ihr bei der Beschreibung der Problematik gefehlt habe, ist die Situation der ehrenamtlichen Mitglieder des Stadtrates. Bei den Ausschusssitzungen könne sie mitgehen, da man sich hier gegenseitig vertreten lassen könne. Gerade in Sachen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erachtet sie es als gut, nachmittags aktiv sein zu können. In Bezug auf die Anfangszeit der Ratssitzung findet sie es sehr fraglich, ob 18:30 Uhr eine Zeit sei, die man gut mit Familie und politischem Ehrenamt vereinbaren könne, gerade dann, wenn Kinder noch kleiner sind, denn sie meint, dass um diese Zeit die Kinder vom Spielen abgeholt werden, Abend gegessen werde und die Kinder ins Bett gebracht werden. Dieser Punkt habe ihr gefehlt. Es sei ihr bewusst, dass man hier keine goldene Lösung finden könne. Ihr sei der Punkt von einer Gleichstellungsbeauftragten zu kurz gekommen, gerade im Hinblick darauf, dass man Eltern ein kommunalpolitisches Ehrenamt ermöglichen wolle. In ihrer Fraktion werde daher offen abgestimmt werden. Sie meint, dass sie sich enthalten werde.

RH Klingbeil fällt es schwer, sich jetzt festzulegen, doch zeige es den Weg, worauf sich neue Kandidatinnen und Kandidaten einlassen werden, die die Möglichkeit haben, die Geschäftsordnung auch dann zu ändern, wenn es mehrheitlich anders gewünscht sei. Er denkt, es sei einen Versuch wert. Auch er komme in Zeitnot, doch könne er es einrichten. Für ihn passt die Aussage von RH Poppe nicht, wenn es sich für einige Fraktionsmitglieder schwierig zeigt, die Anfangszeit auf 18:30 Uhr zu legen, so dass er fragt, warum man es jetzt doch schon umsetzen wolle. Er meint, sie werden sich wohl untereinander verständigt haben. Es zeigt sich für ihn widersprüchlich und sei zu spontan.

RH Dr. Rinck stellt klar, dass es offen in der Fraktion diskutiert worden sei und berichtet, dass es für ein Mitglied sehr schwierig umsetzbar sei und es einem weiteren Mitglied nicht lieb sei, für die anderen sei es in Ordnung. Daher habe man sich dazu entschieden, es zur Abstimmung frei zu geben.

Bgm Oestmann erinnert an die Entstehungsgeschichte. Im Rahmen des Erarbeitens des Gleichstellungsberichtes kam von Frau Rissiek die Bitte, dass die Stadt als attraktive Arbeitgeberin, und im Sinne der Familienfreundlichkeit, die Anfangszeiten der Ausschüsse und des Rates nach vorne hole. Damit sei man aktiv in die Politik reingegangen und am Ende sei es so gewesen, dass in einem Verwaltungsausschuss, der Verwaltung eine Ausarbeitung aufgetragen wurde, so dass sich die neuen Ratsmitglieder darauf einstellen könnten, während sie sich noch um das Amt bewerben und sie somit wissen, was später auf sie an Zeiten zukommen würde. Mit der vorliegenden Beschlussvorlage werde somit eine Bitte und ein Auftrag der Politik ausgeführt.

GB Rissiek möchte auf das, was Frau Helwig gesagt hat, eingehen. Sie erinnert an ihre Stellungnahme vom letzten Jahr und weist daraufhin, dass sie in ihrem Amt hauptsächlich für die Beschäftigten der Stadt tätig ist. Nichts desto trotz möchte sie auf die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger eingehen. Aus ihrer Sicht gehe es hier bei dieser Frage nicht um persönliche Befindlichkeiten. Sie merkt an, wie Frau Helwig schon sagte, dass es nicht möglich sei, eine für alle Beteiligten übereinstimmende Zeit zu finden. An dieser Stelle ist es ihr wichtig, herauszuheben, dass es sich hierbei um strukturelle Rahmenbedingungen handelt, die die Stadt ermöglichen müsse. Sie wiederholt, dass es nicht um persönliche Befindlichkeiten geht, sondern um strukturelle Rahmenbedingungen auch für eine gleichberechtigte Teilhabe für die Ausübung eines politischen Ehrenamtes.

GB Rissiek erläutert, dass Kommunalpolitik die Basis der Demokratie sei. Die Entscheidung, die der Rat trifft, wirke sich unmittelbar auf die Bürgerinnen und Bürger aus. Deswegen ist es aus ihrer Sicht umso wichtiger, dass im Rat Menschen mit vielfältigen Erfahrungen, Perspektiven und auch Biographien vertreten seien. So wie die Räte über die Kommunale Vertretung zusammengesetzt sind, seien sie ihrer Ansicht nach, nur bedingt vielfältig. Dies sei nicht nur in Rotenburg der Fall, sondern generell im Land. Bei der Betrachtung der Geschlechterperspektive, liege die Frauenquote bei 20 %. Von der Altersperspektive her, schätzt sie, dass über die Hälfte hier im Rat eher über 50 seien. Somit würde es wenig Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in der Familienphase geben, bzw. junge Menschen. Somit sei eine Vielfältigkeit aus ihrer Sicht nicht richtig gegeben.

GB Rissiek ist der Ansicht, wenn Kommunalpolitik nur diejenigen aussuchen können, die sich das zeitlich leisten können, dann sei das eine demokratische Schieflage. Daher glaubt sie, dass man unterschiedliche Lebensperspektiven im Rat haben müsse, weil sonst die Gefahr bestünde, dass eben bestimmte Anliegen und Bedürfnisse gar nicht berücksichtigt werden und das führe zu Demokratiemüdigkeit. Das Thema der Vereinbarkeit zwischen Beruf, Familie und Ehrenamt sei ein wesentlicher Baustein; auch damit Bürgerinnen und Bürger partizipieren können. Dazu gehöre insbesondere auch die Förderung der politischen Teilhabe von Frauen, die oftmals schon am zeitlichen Aufwand des Ehrenamtes scheitern. Dies in Verbindung mit späteren Sitzungen zeigt sich als sehr schwierig. Sie hebt hervor, dass sie sich dies nicht ausgedacht habe, sondern dass hierzu viele Studien vorliegen, dass dem so ist. Es sei ihr auch bewusst, dass sich durch eine Vorverlegung des Sitzungsbeginns um eine Stunde nicht alles ändern werde, doch sei dies ein Anfang.

GB Rissiek plädiert dafür, dass ein Bewusstsein dafür geschaffen wird, dass es um strukturelle Rahmenbedingungen und um mehr Vielfalt geht; mehr Vielfalt auch für die Demokratie. Sie bittet den Rat, dies bei der Entscheidung mit zu berücksichtigen.

RH Kruse reagiert auf GB Rissiek Beitrag, der ihn überrascht habe. Ihm sei das Wort „Struktur“ zu viel genannt worden. Es wurde davon gesprochen, dass u.a. diese Uhrzeit einer der strukturellen Gründe für die Zusammensetzung des Rates sei. Er weist darauf hin, dass die Liste der CDU für die letzte Kommunalwahl sehr ausgeglichen gewesen sei. Nach wie vor bestimmen die Wähler und Wählerinnen, wer gewählt werde. Somit ergibt sich die Zusammensetzung aus dem Votum der Wahl.

Um 18:30 Uhr zur Sitzung zu erscheinen, bedeutet für RH Kruse, besonders an Tagen, an dem er vom Zug abhängig ist, eine große Herausforderung. Er räumt ein, dass man sagen könne, es handele sich nur um einen Tag, doch zu sagen, dass es insbesondere jungen Menschen leichter machen würde, würde er eher umgekehrt sagen. Er denkt, wenn man älter ist, habe man etwas mehr Flexibilität bei den Tageszeiten, während viele schauen müssen, wie sie es mit ihrer Arbeit verknüpft bekommen. Er geht auf RF Helwigs Rede bezüglich des Kinder-zu-Bettbringens ein und wie schwierig eine Uhrzeit um 18:30 Uhr sei. RH Kruse hält diese ganze Argumentation für bodenlos, auch wenn gesagt wird, dass es Studien dafür gibt. Mit seiner persönlichen Lebensrealität habe das nichts zu tun. Da ihm die Politik wichtig ist, werde er es einrichten müssen, doch mache es das für ihn deutlich unattraktiver. Er hält deswegen diese Argumente für scheinheilig.

RH Klingbeil äußert, dass das ein bisschen harte Worte von RH Kruse seien. Doch könne er es ein Stück weit nachvollziehen. RH Klingbeil ist der Ansicht, wenn man eine familienfreundliche Teilnahme der Ratsmitglieder ermöglichen wolle, sei 19:30 Uhr besser als 18:30 Uhr. Bei seinem Gedankengang, dem öffentlichen Dienst etwas Gutes zu tun, kommt er darauf zu sprechen, dass eigentlich der Beamte den Gewählten dienen würde, um für das Volk Entscheidungen treffen zu können. Somit müsse es den Repräsentanten mit der Arbeit unter möglichst guten Bedingungen ermöglicht werden. Er führt weiter aus, dass auch die Verwaltung eine Gruppe der Gesellschaft mit entsprechenden Arbeitszeiten sei. So müsse es hier zusammengeführt werden.

RH Klingbeil schließt damit ab, dass selbst wenn es um 18:30 Uhr in der nächsten Wahlperiode anfängt, der Rat es dann wieder auf 19:30 Uhr ändern könne.

RH Fuchs kommt die Debatte bekannt vor. Er fasst zusammen, dass alle gehörten Argumente größtenteils nachvollziehbar seien, was es schwierig macht, Zeiten einzurichten, sei es beruflich seitens der Verwaltung oder ehrenamtlich seitens des Rates. Dies seien zwei grundlegend verschiedene Gruppen, bei denen Tageszeiten miteinander Reibung erzeugen. So sei es auch in der Fraktion besprochen worden und es sei festzustellen, dass die Perspektiven hauptsächlich persönlicher Natur seien. Er lenkt den Fokus auf eine Abstimmung und diese Debatte dann ruhen zu lassen.

RV Lüttjohann lässt über den Änderungsantrag von RH Poppe abstimmen, der wie folgt lautet:

„Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt, dass die Sitzungen des Rates der Stadt Rotenburg (Wümme) **ab der nächstmöglichen Ratssitzung** mit Beginn der neuen Legislaturperiode ~~ab 01.11.2026~~ um 18:30 Uhr und nicht mehr um 19:30 Uhr beginnen“.

Der Rat stimmt mit 9 Ja-, 7 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen, wobei festgestellt wird, dass 2 Stimmen fehlen.

Der Ratsvorsitzende lässt erneut abstimmen.

Der Rat stimmt mit 9 Ja-, 8 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen erneut mit einer fehlenden Stimme ab, so dass ein drittes Mal abgestimmt werden muss.

Es entsteht durch unklares Abstimmverhalten einzelner Ratsmitglieder Unruhe im Rat, so dass der Ratsvorsitzende zur Ordnung und Konzentration ruft.

Der Rat **lehnt den Änderungsantrag bei 9 Ja-, 9 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen ab.**

Der Ratsvorsitzende lässt sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt **bei 11 Ja-Stimmen, 6 Gegenstimmen und 13 Enthaltungen mehrheitlich**, dass die Sitzungen des Rates der Stadt Rotenburg (Wümme) mit Beginn der neuen Legislaturperiode ab 01.11.2026 um 18:30 Uhr und nicht mehr um 19:30 Uhr beginnen.

TOP 7 Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für die Rotenburger Grundschulen in städtischer Trägerschaft (Stand: März 2026) VorlNr. 1044/2021-2026

Bgm Oestmann geht kurz auf die Prognose für 2026-2028 ein und teilt mit, dass man von keinen wachsenden Schülerzahlen ausgeht und es sich damit zeigt, dass man der Entwicklung ruhig entgegensehen könne.

Kenntnisnahme:

Der Rat nimmt die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes zur Kenntnis.

TOP 8 Übersicht der finanziellen Unterstützung der Stadt Rotenburg in den Bereichen "Sport" sowie "Heimat- und Kulturpflege" im laufenden Haushalt und im Bereich der Investitionen (2023 - 2025) VorlNr. 1047/2021-2026

Bgm Oestmann bezieht sich auf die in der Beschlussvorlage hingewiesene Anlage, die im Verwaltungsausschuss vorgestellt und erläutert wurde. Man habe im Einzelnen über verspätet eingereichte Anträge von Vereinen berichtet, was nicht in die Öffentlichkeit gehören würde.

Kenntnisnahme:

Der Rat nimmt die angehängte Übersicht der finanziellen Unterstützung der Stadt Rotenburg in den Bereichen „Sport“ sowie „Heimat- und Kulturpflege“ im laufenden Haushalt und im Bereich der Investitionen für die Haushaltsjahre 2023 bis 2025 sowie die dazugehörige Anlage 1 zur Kenntnis.

TOP 9 Mitteilung über eine Eilentscheidung gemäß §89 NKomVG über die Zustimmung zu einer überplanmäßigen Auszahlung für die "Freizeitanlage für Jugendliche - Herrichtung Bolzplatz Sandhasenweg" VorlNr. 1039/2021-2026

Bgm Oestmann erläutert kurz die vorliegende Begründung zur Eilentscheidung und teilt mit, dass der Bolzplatz nunmehr umgesetzt werden könne.

Kenntnisnahme:

Hiermit wird der Rat gemäß § 89 Satz 3 NKomVG über eine getroffene Eilentscheidung gemäß § 89 Satz 2 NKomVG informiert.

TOP 10 Ausserplanmäßige Auszahlung für den Erwerb einer Teilgrundstücks in der Gemarkung Borchel Flur 4, Flurstück 97/18 für den Neubau der Feuerwehr Borchel

VorlNr.
1042/2021-2026

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt **einstimmig** den Ankauf einer noch zu vermessenden Teilfläche von ca. 709 qm aus dem Flurstück 97/18 (Flur 4), Gemarkung Borchel, zu einem Kaufpreis von 6.000,00 Euro. Sämtliche Vertragskosten, Grunderwerbsteuer und die Vermessungskosten trägt die Stadt Rotenburg (Wümme) als Käuferin. Die Gesamterwerbskosten betragen 9.000,00 Euro.

Die Verwaltung wird beauftragt, den entsprechenden Grundstückskaufvertrag abzuschließen.

Der Rat beschließt hierfür eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 9.000,00 Euro. Die Deckung der außerplanmäßigen Auszahlung erfolgt aus der Maßnahme Neubau Feuerwehr Borchel, Investitionsnummer 1260012402.

TOP 11 Überplanmäßige Auszahlung für die Garagenerweiterung Spülfahrzeug der Kläranlage

VorlNr.
1022/2021-2026/1

Beschluss:

Ergänzte Beschlussvorlage zur überplanmäßigen Auszahlung für die Maßnahme „Garagenerweiterung / Anbau an der Kläranlage für das Spülfahrzeug“

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt **einstimmig** die überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 135.000,00 € zur abschließenden Finanzierung der Maßnahme „Garagenerweiterung / Anbau an der Kläranlage für das Spülfahrzeug“.

Die Deckung erfolgt aus dem Bereich IGS (Regenentwässerung, Abbruch- & Erdarbeiten Standort In der Ahe), Investitionsnummer 2180012308 (1) Konto 787300.

TOP 12 Verweisung von Ratsanträgen in die zuständigen Fachausschüsse:

VorlNr.

Der Antrag wurde **einstimmig** in den Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung, Feuerwehr und öffentliche Ordnung verwiesen.

TOP 13 Mitteilungen und Anfragen

VorlNr.

TOP 13.1 Wahlhelfer

VorlNr.

Bgm Oestmann informiert den Rat darüber, dass sich zu wenig Wahlhelfer gemeldet haben, so dass man die Bürger und Bürgerinnen verpflichten werde, die per Zufallsgenerator ausgewählt worden seien. Die Briefe werden am kommenden Montag versendet.

Auf Nachfrage von RH DR. Rinck, wie viel Wahlhelfer benötigt werden, antwortet AL Harms, dass man inklusive Krankheitsvertretung von 200 ausgeht.

TOP 13.2 Wochenmarkt

VorlNr.

RH Hickisch drückt seine Besorgnis über die abnehmende Attraktivität des Wochenmarktes aus. Es zeigt sich durch das Ausscheiden einiger langjähriger Marktbesucher, dass mittlerweile der Pferdemarkt nur noch mit etwa einem Drittel der Fläche belegt sei und die Stände verloren auf dem leeren Platz wirken. Aufgrund seiner Initiative und Anfrage bei der Stadt Rotenburg im letzten Jahr, habe man ihm geantwortet, dass potentielle Bewerber sich gerne bei der Stadt melden könnten.

RH Hickisch möchte daher wissen, welchen Stellenwert der Bürgermeister, die Verwaltung, den Wochenmärkten im Hinblick auf die Attraktivität der Stadt beimisst. Des Weiteren fragt er, ob es für die Verwaltung denkbar ist, noch offensiver um eine Belebung des Wochenmarktes zu werben.

Bgm Oestmann bekräftigt einen hohen Stellenwert des Wochenmarktes. Der Bürgermeister geht auf die wirtschaftliche Situation ein, dass die Marktbesucher nicht mehr von den Einnahmen leben könnten. Durch den Wegfall der Sparkassenfiliale fehle auch die Laufkundschaft. Er werde das Thema über die Öffentlichkeitsarbeit forcieren.

TOP 13.3 Altglascontainer

VorlNr.

RH Hickisch macht darauf aufmerksam, dass man derzeit nur bei famila Altglascontainer vorfinden würde. Bei anderen Supermärkten mit versiegelten Parkflächen, wie Aldi und Lidl, seien keine aufgestellt.

RH Hickisch möchte in Erfahrung bringen, ob seitens der Verwaltung, trotz der Nichtverpflichtung, Verhandlungen in diese Richtung geführt worden seien. Zum anderen fragt er, falls am ehemaligen Lidl-Standort in der Brauerstraße ein Getränkemarkt einzieht, ob man verwaltungstechnisch auf die Aufstellung von Altglascontainern hinwirken könne.

Bgm Oestmann antwortet, dass Herr Knabe sehr bemüht und ständig unterwegs sei, Lösungen zu finden, doch habe die Verwaltung keine rechtliche Handhabe, auf nicht öffentlichen

Flächen, Container aufzustellen. Er geht kurz darauf ein, dass das Aufstellen von Altglascontainern zu Folgethemen führe, auf die er hier nicht näher eingeht.

TOP 13.4 Rad- und Fußweg Bremer Straße

VorlNr.

RH Hickisch leitet das Thema damit ein, dass man nicht über eine Totalsanierung der Bremer Straße inklusive des Rad- und Fußweges reden müsse. Er weist darauf hin, dass der Rad- und Fußweg an einigen Bereichen, wie beim Anglerheim in Richtung Parkplatz Waldschlösschen sowie Höhe Wohnhaus Pirke, in einem nicht mehr verkehrssicheren Zustand sei. Vor einiger Zeit habe es dort auch schon einen dokumentierten Radunfall gegeben. Er habe selbst erlebt, wie ein Radfahrer, der einem entgegenkommenden Jogger und ihm als Fußgänger ausweichen wollte, durch die Absackung des Radweges in die Büsche gekippt sei. Ihm sei nichts weiter passiert.

RH Hickisch ist der Ansicht, dass hier dringend etwas passieren müsse, bzw. der Bereich abgesperrt oder mit Hinweisschildern versehen werden müsse. Er fragt, wie die Verwaltung die Situation einschätzt.

Bauamtsleiter Lauchart erwidert darauf, dass eine komplette Sanierung finanziell schwierig umzusetzen sei. Er teilt mit, dass jedoch die Markierungsarbeiten durchgeführt werden. Mit der Unfallkommission habe eine Begehung stattgefunden, um zu prüfen, wie man die Situation entschärfen könne. Hinweisschilder seien nur eine Empfehlung und zeigen weniger die gewünschte Wirkung. Auch er schätzt die Lage so ein, dass nur mit baulichen Maßnahmen eine Verbesserung erreicht werden könne. Dies sei Thema für die kommenden Haushaltsberatungen, wie viel Mittel in die Unterhaltung fließen sollen.

RH Hickisch drückt im Voraus seinen Dank aus.

TOP 13.5 Kostensteigerungen durch den Irankrieg

VorlNr.

RH Hickisch nimmt Bezug auf die erhöhten Benzin- und Dieselpreise aufgrund des Irankriegs. Der massive Anstieg betreffe auch die Kommunen bezüglich des gesamten Fuhrparks als auch bei jeder zukünftigen Auftragsvergabe.

RH Hickisch fragt, ob es vielleicht schon in Verbund mit anderen Kommunen Aussagen über mögliche Auswirkungen gibt.

Bgm Oestmann bestätigt, dass erhöhte Ausgaben zu erwarten seien. Um diese zu entschärfen, müssen in der Folge aus anderen Bereichen finanzielle Mittel hierfür umgebucht und verwendet werden, wie z.B. aus der Grünpflege.

TOP 13.6 Plakatbewerbungen von Veranstaltungen im Eingangsbereich des Rathauses

VorlNr.

RH Kruse sei es am gestrigen Abend aufgefallen, dass direkt am Eingang des Rathauses die „Villa Rotenburg“ für eine Veranstaltung wirbt. Da dieser Bereich als repräsentativ gesehen wird, bittet er darum, dass es zukünftig in Richtung Touristeninformation platziert werde, da es seiner Meinung nach auch eine etwas politisch belastete Organisation sei, abseits davon, was man davon halten würde. Man wünsche sich eher, dass an diesem Ort nichts aufgehängt werde, bzw. erbittet er um Auskunft, welche Art von Veranstaltungen dort beworben werden dürfen.

Bgm Oestmann erwidert, dass dies geklärt werden müsse, wie das Plakat hereingekommen ist, bzw. wer, was, wie veranlasst hat.

Antwort im Protokoll:

Nach Rücksprache mit Herrn Alexander Ahlf als zentraler Ansprechpartner für den Empfangsbereich im Rotenburger Rathaus und als erste Ansprechperson für Veranstaltungswerbung in diesem Bereich konnte nicht ermittelt werden, wann und von welcher Person der angesprochene Veranstaltungshinweis des Vereins „Villa Rotenburg e. V.“ im Windfang des Rotenburger Rathauses platziert wurde. Da der Empfang in der Mittagszeit gelegentlich nicht besetzt ist, ist z. B. denkbar, dass das Plakat in dieser Zeit aufgehängt wurde.

Das Plakat wurde am Freitag, den 24. April aus dem Windfang des Eingangsbereichs entfernt und an den (für Veranstaltungswerbung) vorgesehenen Bereich – der Magnettafel der Volkshochschule im Eingangsbereich des Rotenburger Rathauses – wieder angebracht. Flyer, Handzettel o. Ä. können – wie von RH Kruse angesprochen – nach Absprache mit den Kolleginnen und Kollegen in der Touristen-Information der Stadt Rotenburg (Wümme) ausgelegt werden. Größere Formate können z. B. auch im Rathausdurchgang (neben der Touristen-Information) präsentiert werden. Hier hängen derzeit Veranstaltungshinweise der „KIR e. V.“ oder für das offene Heimathaus.

Formate im Bereich DIN A4 – wie das Plakat des Vereins „Villa Rotenburg e. V.“ werden, wie oben bereits erwähnt, an der Magnettafel im Eingangsbereich des Rotenburger Rathauses angebracht.

Da es sich hier um die Ankündigung einer Vereinsveranstaltung handelt und nicht um eine parteipolitische (Wahl- bzw. Veranstaltungs-)Werbung, verletzt die Stadtverwaltung Rotenburg (Wümme) mit dem Aushang dieses Plakates nicht das Neutralitätsgebot. Diese Einschätzung gilt natürlich ausschließlich für den korrekten Ort des Aushanges an der besagten Magnettafel und nicht für den Windfang des Rotenburger Rathauses. An dieser Stelle hat Veranstaltungswerbung – in welcher Form auch immer – nichts zu suchen.

TOP 13.7 IGS - Abiturjahrgang

VorlNr.

RH Kruse interessiert sich für die kommende Abiturientenzahl an der IGS.

AL Harms werde eine Antwort im Protokoll geben.

Antwort im Protokoll:

An dem aktuellem Abitur nehmen 19 Schülerinnen und Schüler teil.

TOP 13.8 Kreisel in der Hansestraße

VorlNr.

RH Kruse fragt an den Bauamtsleiter gewandt, ob es sich um die finalen Arbeiten am Kreisel in der Hansestraße handelt, diesen in den alten Zustand herzustellen.

AL Lauchart bestätigt, dass der Kreisel in seinen ursprünglichen Zustand zurückversetzt werden soll. Allerdings habe das Transportunternehmen bereits mitgeteilt, dass zum Ende des Jahres weitere Transporte erfolgen werden, d.h. es werde wieder eine Furt hereingebaut und wieder zurückgebaut. Dies würde nicht die Stadtkasse belasten, da das Transportunternehmen dafür aufkommen müsse. Auch ihn erreichen viele Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern. Er berichtet aus seinem Gespräch mit der Nds. Landes- und Straßenbaubehörde (NLStBV), dass der Vorschlag, wie man eine dauerhafte Furt herstellen könnte, abgelehnt worden sei.

Bgm Oestmann bringt an dieser Stelle seine Unzufriedenheit zum Ausdruck, dass er einen wiederholten Ab- und Aufbau so nicht hinnehmen wolle, was unnötig Geld der Wirtschaft verbrennen würde. Zum anderen werden damit vermehrte Verkehrsstaus zu Spitzenzeiten verursacht. Auch berichtet er aus Beschwerden aus der Bevölkerung. Es werde versucht, weitere Verhandlungsgespräche mit der NLStBV zu führen, um eine vernünftige Lösung zu finden, die für die Stadt optisch attraktiv ist und trotzdem das Umrüsten für einen Transport mit möglichst wenig Aufwand ermöglicht.

TOP 13.9 Hinweisschild für Radfahrer - Hinter den Amtshöfen/Bahnhof VorlNr.

RH Kruse berichtet, dass ihm als Radfahrer aufgefallen ist, dass von der Zufahrt zu den Amtshöfen in Richtung Bahnhof ein Hinweisschild fehlt, das auf den Startpunkt des Fidi-Boon-Wechs hinweist. Es sei nur die Richtung zum Ronolulu ausgeschildert. Er regt an, an dieser Stelle einen Hinweis in Richtung Bahnhof hinzuzufügen.

TOP 13.10 Geschwindigkeitsmessung in der Brockeler Straße VorlNr.

RH Räge nimmt Bezug auf die ihm vorliegenden Ergebnisse der letzten Geschwindigkeitsmessung in der Brockeler Straße, bei der ein Spitzenwert von über 100 km/h gemessen wurde. Seitdem sei in dieser Straße mit Spielplätzen, Kindergarten und Behinderteneinrichtung jedoch nichts passiert. Aus seiner Sicht wäre es sinnvoll, Beginn/Ende der vorhandenen Tempo-30-Zone näher an die Harburger Straße zu versetzen um zu verhindern, dass beschleunigt wird, kurz bevor die Ampel umspringt. Es müsse lediglich das Schild versetzt werden, um das Rasen unattraktiver zu machen.

AL Lauchart werde eine Antwort im Protokoll geben, da auch zu prüfen sei, wie weit die Schilder von der Lichtsignalanlage entfernt stehen müssen.

Antwort im Protokoll:

Vor der Erweiterung einer bestehenden Tempo-30-Zone ist die Polizei (Sachgebiet Verkehr) hinzuzuziehen. In der eingeholten Stellungnahme spricht sich die Polizei jedoch eindeutig gegen die Erweiterung aus. Begründet wird dies mit den klaren Vorgaben der Straßenverkehrsordnung und deren Verwaltungsvorschriften, die die Miteinbeziehung von gewerblich genutzten Gebieten nicht befürwortet. Dem Schutzzweck von verkehrsberuhigten Zonen dienen vorrangig Wohn- und Kurgebiete etc., nicht jedoch Mischgebiete. Weiterhin wird eine Verbesserung der Gesamtsituation in Frage gestellt, da für die Einmündung der Bartelsdorfer Straße ja auch bereits jetzt schon die gesetzliche Regelung Rechts-vor-links gilt.

TOP 13.11 Kunstrasen VorlNr.

RH von Hoyningen-Huene kommt auf den städtebaulichen Vertrag im Zusammenhang mit der Kunstrasenplatzspende zu sprechen, der veröffentlicht werden soll. Er fragt, wann dies geschehen werde.

Bgm Oestmann setzt den Rat in Kenntnis des aktuellen Stands. Man habe bis letzte Woche auf die Bescheinigung der Bank über das Vorliegen der zugesagten Kautions in Höhe von 450.000 Euro abwarten müssen. Der Vertrag könne nunmehr online gestellt werden.

RF Dembowski geht darauf ein, dass sie mit dem Landschaftswart Nalesinski im Austausch gewesen sei. Dabei sei deutlich geworden, dass an einigen Punkten eine Verbesserung erzielt werden könne. Sie möchte in Erfahrung bringen, ob die Verwaltung bezüglich der Baumbegutachtung in Rotenburg mit Ortschaften, ob Bäume entfernt müssen, hier insgesamt zufrieden sei.

Gleich im Anschluss bezieht sie sich auf den ersten Teil aufgestellter Pflanzkübel, bei der sie die Anwesenden um Geduld bittet. Sie ist überzeugt, dass mit dem Wachsen der Pflanzen es schön aussehen werde. Sie ist der Ansicht, dass noch mehr Plätze in der Stadt in den Fokus genommen werden müssen, z.B. der Bauerngarten hinterm Heimathaus. Dieser sollte bereits hergerichtet werden, was aus verschiedenen Gründen noch nicht erfolgt sei. Es ist ihr bewusst, dass es bei klammer Finanzlage schwierig sei, in diesem Stil die Grünpflege zu unterhalten. Doch zeigt sich dieser Garten beim Heimathaus, wo Veranstaltungen stattfinden, in einem jämmerlichen Zustand.

Bgm Oestmann antwortet darauf, dass er im Detail nichts dazu sagen könne und nachfragen werde. Auch werde Kontakt mit Herrn Nalesinski aufgenommen. Er erinnert an die 1-Mann-Besetzung in der Grünabteilung, der sich um alle Themen alleine kümmern musste. Derzeit sei der Bereich wieder mit zwei Personen besetzt, die sich der Themen annehmen.

Antwort im Protokoll:

Mit dem Landschaftswart Nalesinski hat ein konstruktiver Austausch stattgefunden. Die Zusammenarbeit mit dem beauftragten Baumkontrolleur wird insgesamt als zufriedenstellend bezeichnet.

Für den Bauerngarten beim Heimathaus wurde im letzten Jahr mit einem Aufmaß per GPS begonnen, um eine Datengrundlage zu haben. Es wurden verschiedene Varianten/Möglichkeiten zusammengetragen, jedoch auf Grund des personellen Engpasses und der fehlenden finanziellen Mittel vorerst zurückgestellt. Seit 01.04.2026 ist der Bereich Stadtgrün wieder mit zwei Personen besetzt, so dass es für dieses Jahr angedacht ist, den Bauerngarten zu überplanen. Mittel sollen durch die Städtebauförderung bereit gestellt werden.

RH Klingbeil bittet den Rat darum, seine persönliche Stellungnahme zur Äußerung des RH Kruses zum Verein „Villa Rotenburg“ geben zu dürfen. Er habe keine Frage.

Dies wird ihm stattgegeben.

RH Klingbeil äußert an RH Kruse gerichtet, dass dieser „Villa Rotenburg“ als politisch belasteten Verein bezeichnet habe, was er aufs Schärfste zurückgewiesen haben wolle. Es handelt sich hierbei um einen gemeinnützigen Verein, der seit Jahren aktiv sei. Das Aufhängen des Plakates zu nutzen, um einen gemeinnützigen Verein, bei dem sich junge und alte Menschen engagieren für Kultur, Musik und die Rechte von Minderheiten, usw. erachtet er als nicht hinnehmbar.

Nach Top 13.14 ergreift RH Kruse das Wort und erläutert, dass für ihn Gemeinnützigkeit nichts damit zu tun habe, ob man als Verein eine politische Gesinnung habe oder nicht. Um diesen Punkt zu untermauern, sei er gerade eben in das Veranstaltungsarchiv der „Villa Rotenburg“ gegangen und dabei auf Samstag, den 7. März gestoßen „Villa goes Grünkohl – antifaschistische Grünkohlwanderung“. Damit glaubt er, sei der Punkt gesetzt.

RH Klingbeil ruft dazwischen, was daran belastend sei.

Es entsteht Unruhe im Rat, worauf RV Lüttjohann zur Ordnung ruft, während RH Kruse erwidert, dass belastend für ihn weder positiv noch negativ bedeuten würde.

RH Kruse fährt fort, dass es für ihn bedeutet, dass es eine gewisse politische Richtung hat und damit der Punkt gesetzt sei.

Bgm Oestmann ergreift dann das Wort zur Geschäftsordnung. Er richtet seine Bitte an alle Ratsmitglieder, dass man sich an dieser Stelle der Tagesordnung bei Anfragen der Ratsmitglieder befindet und man sich zukünftig bitte beherrschen möge und bei Anfragen an die Verwaltung bleibt. Eine Diskussionsrunde könne gerne im Anschluss an anderem Ort vorgenommen werden. Er werde zukünftig schärfer darauf achten und bittet, sich an diese Regel zu halten.

TOP 13.14 Ampelschaltungen in Rotenburg

VorlNr.

RH Lill berichtet von der Fußgängerampel-Schaltung in der Brauerstraße, die nach einer Fußgänger-Grünphase sehr lange Zeit benötige, bis die nächste Grünphase für die nächsten Übergänger umgesetzt wird. Er weist darauf hin, dass viele Grundschüler diese Ampel nutzen und nicht so lange warten wollen, bis die Ampel wieder umspringt. Ihm ist bewusst, dass es nicht im Zuständigkeitsbereich der Stadt liegt, doch fragt er, ob es möglich sei, zu den Stoßzeiten diese Phase verkürzen zu lassen.

Bgm Oestmann erwidert, dass man es an die NLStBV weitergeben und versuchen werde.

RH Räge nimmt Bezug auf die Ampelschaltung in der Harburger Straße. An Sonntagen sei diese ausgestellt, so dass man in drei Richtungen gleichzeitig schauen müsse, ob Autos kommen. Er habe diesbezüglich bereits eine Anfrage für die NLStBV gestellt und fragt, ob es eine Antwort gebe, bzw. diese Anfrage erneut mit aufgenommen werden könne.

RH Räge geht daraufhin auf die Ampel an der Kreuzung Brauersstraße/Gerberstraße ein, bei der er als Fußgänger, selbst im Schnellgang, es nicht schafft, während dieser kurzen Grünphase hinüberzukommen.

Bgm Oestmann geht darauf ein, dass es eine stets wiederkehrende Problematik sei. Er erinnert zur Harburger Straße/Auf dem Rusch an seine Mitteilung in einer Ratssitzung von einer Klage einer Anwohnerin, woraufhin die Ampel per Gerichtsurteil ausgeschaltet werden müsse.

TOP 13.15 Kosten für Düngung von Sportplätzen

VorlNr.

RH Emshoff kommt auf die Düngung der Sportplätze zu sprechen. In Anbetracht der gestiegenen Düngekosten, die mittlerweile doppelt so teuer seien, wie vor einem halben Jahr, weist er darauf hin, dies für den Haushalt im Blick zu behalten. Er fragt, ob dies den Platzwarten bekannt sei oder gegebenenfalls auf Vorrat eingekauft worden sei. Ihm sei nicht bekannt, wie der finanzielle Rahmen für die Düngung ausfalle, doch werde man für das gleiche Geld nur die Hälfte an Dünger erhalten.

Antwort im Protokoll:

Die Düngemittel für das Jahr 2026 wurden bereits bestellt. Zum Zeitpunkt der Angebotsabfrage lagen noch keine Preissteigerungen vor. Zur Aufstellung des Haushalts 2027 werden etwaige Preissteigerungen berücksichtigt.

Die Sitzung wird um 20:42 Uhr geschlossen.

gez. Bürgermeister

gez. Vorsitzende/r

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.